

DIE ERGEBNISSE DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSWAHL AM 15. FEBRUAR 2015

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung zum Hamburger Wahlrecht

- 1. Das Hamburger Parteien- und Wahlsystem**
- 2. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung**
- 3. Grundstimmungen im Wahlkampf**
- 4. Themen und Konflikte in der Stadt**
- 5. Ausgewählte Wahlergebnissen**
 - 5.1. Die Ergebnisse der LINKEN**
 - 5.2. Neu im Landesparlament: Die Alternative für Deutschland (AfD)**

VORBEMERKUNG ZUM HAMBURGER WAHLRECHT

Die Bürgerschaft besteht aus 121 Sitzen, von denen 71 Mandate in 17 Mehrmandatswahlkreisen über offene Wahlkreislisten, die restlichen 50 über offene Landeslisten vergeben werden. In den 17 Wahlkreisen werden je nach Größe drei, vier oder fünf Sitze vergeben. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate könnte sich die Gesamtanzahl der Abgeordneten der Bürgerschaft erhöhen. Ob es infolge der Personenwahl in den Bezirken zu Überhangmandaten und in der Folge zu Ausgleichsmandaten kommen wird, bleibt zu diesem Zeitpunkt offen.

1.299.411 Personen sind 2015 in Hamburg insgesamt bei der Bürgerschaftswahl wahlberechtigt. Dies sind über 44.000 WählerInnen mehr als zur Bürgerschaftswahl 2011 und ist unter anderem auf die erstmals teilnehmenden 16- und 17-Jährigen (27.000 Frauen und Männer) zurückzuführen. Bei diesen Wahlen können insgesamt 70.000 Wahlberechtigte unter 21 Jahren zum ersten Mal die Bürgerschaft wählen. 683.000 der Wahlberechtigten sind weiblich, das entspricht 52,5 Prozent.

Zur Altersstruktur der Wählerschaft: Der Anteil der WählerInnen zwischen 16 bis 34 Jahren beträgt 29 Prozent der Wahlberechtigten (bei der Bürgerschaftswahl 2011 betrug der 18- bis 34Jährigen 27Prozent), die 35- bis 59Jährigen 41 Prozent (2011: 42 Prozent), und elf Prozent sind im Alter von 60 bis 69Jahren(2011: 13 Prozent). Weitere 19 Prozent entfallen auf die Menschen im Alter von 70 und mehr Jahren (2011: 18 Prozent).

Angefügt sei, dass in der Wahlbefragung eine Mehrheit der HamburgerInnen (48 zu 42 Prozent) das Wahlrecht für 16 und 17jährige ablehnt.

Das am Wahlabend veröffentlichte Ergebnis weist 735.957 abgegebene Stimmzettel für die Landesliste aus (= Wähler/-innen) und 711.799 gültige Stimmen aus. Das sind deutlich weniger als die möglichen fünf abzugebenden Stimmen. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist mit 24.158 ist ähnlich hoch wie 2011.

Erstmals wurde mit dieser Bürgerschaftswahl die Hamburger Bürgerschaft für fünf Jahre bestimmt. Die nächste reguläre Bürgerschaftswahl würde damit 2020 stattfinden. Die nächsten Wahlen mit regionaler Bedeutung wären die Bezirksversammlungswahlen, die 2018 parallel mit der Europawahl stattfinden werden.

1. DAS HAMBURGER PARTEIEN- UND WAHLSYSTEM

Betrachtet man die Entwicklung der **Hamburger Parteiensystems** so ist Hamburg im Kern eine «sozialdemokratische Stadt». Die SPD regierte von 1949 bis 1997 (mit kurzer Unterbrechung 53-56) und erneut seit 2011 allein oder mit unterschiedlichen Koalitionspartnern. Die stabilen Umfragen seit 2011 mit Werten über 40 Prozent werden mit diesen Wahlen bestätigt. Die Hegemonie der Sozialdemokraten geht einher mit der Schwäche der CDU in Hamburg, die weder durch ihren Spitzenkandidaten noch durch erfolgreiche Oppositionspolitik in der Lage ist, dieser Dominanz ernsthaft etwas entgegenzusetzen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahlen 1946 - 2015

Wahl	SPD		CDU		FDP		Grüne/GAL		LINKE/Regenb.		Sonstige	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1946	43,1	83	26,7	16	18,2	7	-	-	-	-	KPD 10,4	4
1949	42,8	65	34,5	40	-	-	-	-	-	-	DP 13,3	9
1953	45,2	58	50	62	-	-	-	-	-	-	KPD 7,4	5
1957	53,9	69	32,2	41	8,6	10	-	-	-	-	-	-
1961	57,4	72	29,1	36	9,6	12	-	-	-	-	-	-
1966	59,0	74	30	38	6,8	8	-	-	-	-	-	-
1970	55,3	70	32,8	41	7,1	9	-	-	-	-	-	-
1974	44,9	56	40,6	51	10,9	13	-	-	-	-	-	-
1978	51,1	69	37,6	51	4,8	-	-	-	-	-	-	-
Jun 82	42,7	55	43,2	56	4,9	-	7,7	9	-	-	-	-
Dez 82	51,3	64	38,6	48	2,6	-	6,8	8	-	-	-	-
1986	41,7	53	41,9	54	4,8	-	10,4	13	-	-	-	-
1987	45,0	55	40,5	49	6,6	8	7	8	-	-	-	-
1991	48,0	61	35,1	44	5,4	7	7,2	9	-	-	-	-
1993	40,4	58	25,1	36	4,2	-	13,5	19	0,5	-	Statt 5,6	8
1997	36,2	54	30,7	46	3,5	-	13,9	21	0,65	-	DVU 5,0	-
2001	36,5	46	26,2	33	5,1	6	8,6	11	1,7	-	Schill 19,4	25
2004	30,5	41	47,2	63	2,8	-	12,3	17	1,1	-	-	-
2008	34,1	45	42,6	56	4,8	-	9,6	12	6,4	8	-	-
2011	48,3	62	21,9	28	6,6	9	11,2	12	6,4	8	-	-
2015	45,7	58	15,9	20	7,4	9	12,2	12	8,5	11	AfD 6,1	8

Quelle: Landeswahlleiter, eigene Darstellung

Mit harter Hand hat Scholz seit 2009 als Landesvorsitzender die damals alltäglichen Grabenkämpfe in der SPD, die zum Amusement der politischen Gegner immer wieder auch die Gerichte beschäftigten, beendet. Seine damalige Ansage «Wer bei mir Führung bestellt, muss wissen, dass er sie dann auch bekommt.» hat Wirkung gezeitigt. Die 2011 beschriebene sukzessive Auflösung ursprünglich sozialdemokratischer Hegemonie lässt sich angesichts der stabilen Werte für die Sozialdemokratie auf der Grundlage der derzeit vorliegenden Ergebnisse in Bezug auf deren politische Repräsentanz nicht bestätigen¹. Wirft man jedoch einen Blick auf die Veränderungen der Sozialdemokratie selbst, so scheint sich mit dem Wahlsieg der Hamburger Sozialdemokratie eine stark wirtschaftsliberale Ausrichtung bestätigt zu haben, die keine Revision der Agenda-Politik beabsichtigt. Im europäischen Vergleich hätte sie möglicherweise Ähnlichkeiten mit der PD in Italien.

Nachdem die Hamburger Bürgerschaft in den achtziger und neunziger Jahren ein relativ stabiles Vier-Parteien-System war, das aus SPD, CDU, GAL/Grünen und einer weiteren Partei bestand (FDP, Statt-Partei, Schill-Partei) wurde dieses System seit 2008 durch den Einzug der Linkspartei ergänzt. Mit dieser Bürgerschaftswahl wurde in Hamburg erstmals ein Sechs-Parteien-System gewählt, an dessen Funktionsfähigkeit es aufgrund der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse vermutlich keine Zweifel geben dürfte.

Die Hamburger Bürgerschaft wird nach einem «**personalisierten Verhältniswahlrecht**» gewählt². Die

¹ Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des Parteien und Wahlsystems findet sich in der Wahlnachtanalyse von Prof. Dr. Benjamin Hoff und Horst Kahrs vom 20. Februar 2011. Ergebnisse der Hamburg-20.2.2011 - Wahlnachtbericht und erste Analyse.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_<publikationen/<2011_HH_LTW_Wahlnachtbericht_v2.pdf

² Siehe ebenda

Bürgerschaft besteht aus 121 Sitzen. 71 Mandate werden in 17 Mehrheitswahlkreisen (« Mehrmandatswahlkreise», 3-5 Mandate je nach Größe des Wahlkreises) über offene Wahllisten gewählt. Jeder und jede Wahlberechtigte hat dabei fünf Stimmen zu vergeben («Wahlkreisstimmen»), die für eine Person vergeben, aber auch auf fünf Personen aufgeteilt werden können. Dieses Wahlrecht galt bereits bei der vorausgegangenen Wahl. 50 Abgeordnete werden über offene Landeslisten gewählt. Jede/r Wahlberechtigte hat bei den «Landesstimmen» nicht mehr nur eine Stimme, sondern ebenso fünf Stimmen. Die Landesstimmen können alle für die Landesliste in ihrer Gesamtheit oder beliebig auf Personen verteilt werden – und zwar an Personen auf unterschiedlichen Listen wie auch an verschiedene Gesamtlizen. Denkbar ist, dass ein Wähler fünf verschiedene Parteien wählt.

Die Sitzverteilung erfolgt nach dem «*Divisorverfahren mit Standardrundung* (Sainte-Laguë)». Das heißt, dass alle 121 regulären Sitze auf die Parteien, welche die Fünfprozenthürde überspringen können, entsprechend dem Verhältnis ihrer erreichten Zahl an Landesstimmen verteilt werden. Die Sitze werden zunächst mit den erfolgreichen Wahlkreiskandidaten besetzt, die restlichen an die Kandidaten der Landesliste. Dabei wird aus dem Verhältnis von Listenstimmen und Personenstimmen ermittelt, wie viele Sitze entsprechend der Stimmenzahl der Kandidaten(in den Wahlkreisen) und wie viele Sitze entsprechend der Listenreihenfolge vergeben werden.

Überspringt eine Partei die Sperrklausel und erreicht in den Wahlkreisen mehr Sitze, als ihr insgesamt im Land proportional zustehen, so erhält sie Überhangmandate, die anderen Parteien erhalten dafür Ausgleichsmandate. Sollte eine Partei oder eine Person im Wahlkreis Mandate erringen, aber an der Sperrklausel scheitern oder gar keine Landesliste aufgestellt haben, erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze in der Bürgerschaft um diese Wahlkreismandate, ohne dass es dafür Ausgleichsmandate gibt. Erhöht sich dadurch die Gesamtzahl der Sitze auf eine gerade Zahl, wird sie um einen weiteren Sitz erhöht. Eine Partei, welche die absolute Mehrheit bei den Landesstimmen erreicht hat, erhält auch die absolute Mehrheit der Bürgerschaftsmandate und zu diesem Zweck gegebenenfalls zusätzliche Mandate. (Zusammenfassung nach www.wahlrecht.de)

Von der neuen Möglichkeit des Stimmensplittings bei der Landeslistenwahl machen - so auch schon die Feststellung 2011 - nach Angaben der Nachwahlbefragung der *Forschungsgruppe Wahlen* nur 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler Gebrauch. Der Anteil derjenigen, die das neue Wahlrecht zu kompliziert finden ist gegenüber 2011 leicht zurückgegangen (5 Prozentpunkte), liegt aber mit 50 % immer noch extrem hoch. Das Argument, dieses Wahlrecht sei notwendig um die Macht der Parteien zu reduzieren und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, hat sich – wie anhand der historisch niedrigen Wahlbeteiligung gezeigt werden kann – als nicht stichhaltig erwiesen.

2. ZUSAMMENFASSUNG DES WAHLERGEBNISSES UND ERSTE BEWERTUNG

Die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl 2015 liegt mit 56,6 Prozent etwas niedriger als mit 57,3 Prozent 2011 und dies obwohl über 44.000 WählerInnen mehr die Chance gehabt hätten, ihre Stimmen zu verteilen. Darunter 27.000 16 und 17jährige ErstwählerInnen. Dies bedeutet gegenüber der Bürgerschaftswahl 2011 einen erneuten WählerInnenschwund.

Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2015						
		CDU	SPD	Grüne/GAL	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
%	56,6	15,9	45,7	12,2	7,4	8,5	6,1	4,2
Sitze	121	20	58	15	9	11	8	0
Zweitstimmenanteile 2011								
%	56,6	15,9	45,7	12,2	7,4	8,5	6,1	4,2
Sitze	121	20	58	15	9	11	8	0
Veränderungen gegenüber der vorherigen Bürgerschaftswahl								
%	- 0,6	- 6,0	- 2,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 2,1	+ 6,1	- 1,5
Sitze		- 8	- 4	+ 1	+/- 0	+ 3	+ 8	+/- 0

Quelle: Landeswahlleiter, eigene Darstellung

Die **CDU** in Hamburg ist erneut Wahlverliererin und rutscht nunmehr deutlich unter 20 Prozent. Mit 15,9 Prozent erreicht die CDU nicht nur ihr bislang schlechtestes Ergebnis in Hamburg, sondern auch ihr drittschlechtestes Wahlergebnis aller Landtagswahlen in der BRD. Seit dem Rücktritt des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust 2010 gelingt es der CDU nicht ein Führungspersonal zu finden, das eine wählbare Alternative zur SPD darstellt. So verliert sie in ihren Hochburgen, neben dem Abgang zu SPD und AfD, deutlich taktische WählerInnen zugunsten der FDP.

Die **SPD** ist Wahlsiegerin des Abends, auch wenn sie die absolute Mehrheit nicht wieder erreichte. Ihr fehlen dazu lediglich zwei Sitze. Sie verliert fast 3 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von 2011. Sie benötigt für die Fortsetzung der Senatsarbeit jetzt wieder eine Koalitionspartnerin. Als diese stehen FDP und Grüne allerdings gerne bereit. Auch dieser Wahlsieg ist eng mit der Person von Olaf Scholz verbunden. Er wird seit 2011 als pragmatischer Macher-Typ und Gestalter stabiler wirtschaftlicher Entwicklungen geschätzt (Umfragen). Für eine deutliche Mehrheit der WählerInnen (83%) macht er seine Sache als Bürgermeister gut. Den geringsten Wert bekommt er dafür bei LinksparteiwählerInnen mit immer noch sensationellen 70 Prozent. Schließlich steht er für eine erfolgreiche Verknüpfung der Agenda 2010 mit wirtschaftlicher Stabilität und führt mit ruhiger Hand die Geschicke der Stadt durch äußere und innere Krisen. Die wirtschaftsfreundliche Politik der Hamburger SPD lässt im linken Spektrum genügend Platz für Grüne und Linkspartei.

Die **Grünen** haben ihr Ergebnis von 2011 leicht verbessert und sehen sich bereits als Koalitionspartner der SPD. Sie wollen damit an die bislang einzige rot-grüne Koalition in Hamburg (1997-2001) anknüpfen. Die Grünen können sich mit ihrer leichten Zunahme glücklich schätzen, dass der Skandal um ihre Bürgerschaftskandidatin Nebahat Güçlü keine Auswirkungen zeitigte. Güçlü, die auch Vorsitzende der Türkischen Gemeinde ist, war im Januar bei einem Tarnverein der Grauen Wölfe aufgetreten und der Grüne Landesvorstand beantragte anschließend ihren Parteiausschluss.

DIE **LINKE** konnte ihr Ergebnis von 2011 deutlich steigern. Das Ergebnis ist ein Erfolg der Linkspartei und stützt sich auf einen offensiven Wahlkampf mit politischen Forderungen zu sozialer, Steuer- und Bildungsgerechtigkeit. Sie positionierte sich als Partei für soziale Gerechtigkeit. Im Unterschied zu CDU, Grünen und FDP erklärte sie bereits im Wahlkampf, dass sie sich als Oppositionspartei versteht und somit für eine rot-rote Koalition nicht bereit steht. Sie ist nunmehr mit 11 Sitzen im Landtag vertreten, bleibt jedoch hinter den Grünen viertstärkste Kraft. Dieser Wiedereinzug ist für die weitere Stabilisierung der LINKEN auf der Ebene der Bundesländer wichtig.

Zu den Parteien, die sich zu den Gewinnern zählen können, gehört auch die **FDP**, die mit 7,5 Prozent sicher in die Bürgerschaft einzieht und so ein wichtiges Signal für eine mögliche Stabilisierung der FDP auf Länderebene weitergeben könnte. Sie verdankt ihren Sieg einer modernen Kampagne, die weitgehend auf ihre Spitzenkandidatin Katja Suding zugeschnitten war. Sie versuchte sich als moderne Performance-Partei, die mit unterschiedlichen Medien und Kampagnenformen zu spielen vermochte. Mit klugen Botschaften wie: «Hamburgs Staus beginnen im Rathaus» präsentierte sie sich als eigenständige Oppositionspartei als auch als mögliche Koalitionspartnerin der SPD. Wie auch immer die inhaltlichen Aussagen dieser Kampagne politisch einzuschätzen ist, mit ihr wurde die FDP in Hamburg wieder sichtbar.

Neu eingezogen ist die **Alternative für Deutschland** in die Hamburger Bürgerschaft mit 6,1 Prozent. Sie konnte nicht an die zweistelligen Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern anschließen, zog damit aber zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament ein. Vor dem Hintergrund der vor allem wirtschaftsliberal und euroskeptisch ausgerichteten Hamburger AfD, die immer wieder selbst am Wahlabend sich von rechts abzugrenzen versuchte, bedeutet der Einzug in die Hamburger Bürgerschaft die Stärkung dieses Flügels um Bundes-Vize Hans Olaf Henkel und den Parteivorsitzenden Bernd Lucke. Das Potential für eine rechtspopulistische Partei in Hamburg wurde bei weitem nicht ausgeschöpft.

Welche bundespolitischen Wirkungen vom Hamburger Wahlergebnis ausgehen, ist derzeit noch offen. Vorerst bestätigen sich einige bundesweite Trends, die jedoch aus Sicht der Autoren bisher nicht verallgemeinert werden sollten.

Die SPD verdankt ihren Wahlsieg zu allererst ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz. Mit ihm stand die SPD für «wirtschaftliche Stabilität» und «sozialen Zusammenhalt», versprach sich um Arbeitsplätze und die

alltäglichen Sorgen und Probleme in einer großen Stadt zu kümmern. Angesichts der stabilen Umfragen musste sie keinen Lagerwahlkampf führen - es war klar - dass es am Ende lediglich um die Frage des Alleinregierens oder um die Wahl eines ergänzenden Koalitionspartners gehen würde. Hierzu erklärte Olaf Scholz, dass er als erstes mit den Grünen reden würde. Zu Rot-Grün haben die WählerInnen die größte Affinität als Koalitionsvariante. Allerdings steht zumindest auch die FDP als williger Partner bereit, was die Notwendigkeit der SPD, weitreichende Zugeständnisse anzubieten, weiter senken wird.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft eher als «Bürgermeister-Wahlkampf» in einer großstädtischen Metropole zu werten. Die Themen waren stark landespolitisch geprägt (Bildung/Schule, Verkehr/Infrastruktur, Wohnen) und mit einigen bundespolitischen Einsprengseln (Zuwanderung/Flüchtlinge) versehen. Für verallgemeinernde Aussagen, sowohl über Koalitionsmöglichkeiten im Bund, als auch zur Perspektive der AfD, taugt die Hamburger Wahl nicht. Insbesondere für die Durchsetzung der AfD – und zugleich die Frage der Überlebenschance der FDP - wird die Landtagswahl im Frühjahr 2016 in Baden-Württemberg wesentlich aufschlussreicher sein. Auch CDU und SPD werden aus je eigenen parteiinternen Logiken heraus, dem Wahlergebnis keine besondere bundespolitische Bedeutung beimessen.

3. GRUNDSTIMMUNGEN IM WAHLKAMPF

Es gibt seit der letzten Bürgerschaftswahl 2011 **keine politische Wechselstimmung** in Hamburg. Die **SPD** liegt seit Dezember 2010 in den Umfragen unangefochten bei über 40 Prozent vor allen anderen Parteien. Seit der letzten Bürgerschaftswahl kämpfte die **CDU** um eine Stabilisierung bei 20 Prozent. Sie lag bei den letzten Umfragen bei 18 Prozent. Die **Grünen** erlebten nach 2010 zunächst einen Absturz, konnten sich von diesem vor allem 2011 leicht erholen und liegen nunmehr bei 11 Prozent.

Die **LINKE** verlor zwischen Dezember 2009 und 2011 aufgrund ihrer bundesweiten Verfasstheit auch bei Umfragen in Hamburg. Mit ihrer bundesweiten Stabilisierung im Rücken kann sie in Hamburg ihre politisch-parlamentarische Präsenz ausbauen. Sie erhält in den Umfragen zwischen 8 und 9 Prozent. Für die **FDP** kann Hamburg angesichts der desaströsen Ergebnisse bei den Bundestagswahlen, ein Hoffnungszeichen und ggf. ein Signal gegen das endgültige Ausscheiden aus dem parlamentarischen System sein. Die **AfD** erhält in den Umfragen zwischen 4 und 6 Prozent und kann sich dabei auf eine innerparteilich gestärkte euroskeptische wirtschaftsliberale Führung von Bernd Lucke und Olaf Henkel stützen. Damit würde sich das bürgerliche Lager -bisher weitgehend aus CDU und FDP bestehend weiter ausdifferenzieren. Wobei sich das bürgerliche Lager entlang der Euro- bzw. europapolitischen Ausrichtung unterscheiden würde.

Die Hamburger geben in den Befragungen mehrheitlich an, **mit ihrer Lage zufrieden** zu sein. Dies meint Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage der Stadt, mit der persönlichen Lebenslage und mit der Arbeit des Senats. So sahen im Januar 84 Prozent der HamburgerInnen die wirtschaftliche Situation Hamburgs als sehr gut oder gut an, ein Wert der vor drei Jahren noch bei 62 Prozent lag. Nur 13 Prozent sehen die Lage im Januar weniger gut oder schlecht. Auch in die Zukunft sehen die Hamburger mehrheitlich optimistisch. Hamburg ist das Bundesland mit der höchsten Kaufkraft je Einwohner. Eine deutliche Mehrheit von 53% hätte sich die Fortsetzung der Alleinregierung der SPD gewünscht.

Allerdings verdecken die durchschnittlichen Zahlen für Hamburg die Realität einer Stadt mit sehr reichen BewohnerInnen und jenen, die sich in prekären Lagen befinden - Hamburg ist eine Stadt mit den großen sozialen Unterschieden und einer starken Binnendifferenzierung. So soll Hamburg die größte Millionärsdichte in Deutschland haben³. Gleichzeitig leben 10,3 Prozent der HamburgerInnen von Hartz IV und 21 Prozent der Kinder unter 18 Jahre in sogenannten Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften.⁴ Damit liegt Hamburg hinter fünf ostdeutschen Ländern als erstes Westdeutsches Bundesland an fünfter Stelle. Die Arbeitslosigkeit lag im Januar bei 7,7 Prozent und damit bundesweit über dem Durchschnitt. Dennoch sieht die Mehrheit ihre persönliche wie auch die wirtschaftliche Lage der Stadt gut oder sehr gut.

Und es sei auch auf den Widerspruch hingewiesen, dass trotz der sehr hohen Zustimmungsraten zum Ersten Bürgermeister (76 %) und seiner Politik, in derselben Umfrage von 71 Prozent angegeben wird, «Wohnen in Hamburg kann man sich nicht mehr leisten». Wahre Freude sieht anders aus.

³ Reinhard Schwarz. Altes Geld und altes Elend. Neues Deutschland. 26.2.2015, S. 6

⁴ Statistisches Bundesamt. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/4275/umfrage/anteil-der-hartz-iv-empfaenger-an-der-deutschen-bevoelkerung/>

4. THEMEN UND KONFLIKTE IN DER STADT

Es gab in diesem Wahlkampf **keine Wechselstimmung**. 68 Prozent der Hamburger erklärten noch im Januar 2015, dass sie sich eine Fortsetzung des von Olaf Scholz geführten Senats gut vorstellen konnten. Die Zufriedenheitswerte lagen deutlich über 60 Prozent.⁵ Wobei die größte Zufriedenheit sich auf die Wirtschaftsförderung (64 Prozent), den Erhalt von Arbeitsplätzen (62 Prozent), die Umwelt- und auch Familienpolitik bezog.

Auch in der **Umweltpolitik** stimmten 56% der Senatspolitik zu. Immerhin: Die großen strittigen Umweltthemen sind in Hamburg abgeräumt. Die Frage der Elbvertiefung wird vor Gericht entschieden und das Kohlekraftwerk Moorburg ist am Netz. Hafenuferspange, Flächenverbrauch im Hafen und andere Konfliktpunkte, die die Zukunft des Hafens in Frage stellen würden, sind in Hamburg nicht mehrheitsfähig. Gespalten war die Stimmung in der Stadt bei der **Wohnungspolitik** des Senats, der Integrationspolitik, der Inneren Sicherheit sowie der Schul- und Bildungspolitik. Die Schwierigkeiten auf dem Hamburger Wohnungsmarkt bezahlbare Wohnungen zu bekommen sind insbesondere für Familien mit Kindern enorm. Das angelaufene Wohnungsbauprogramm des Senats weist sicherlich auch Maßnahmen aus, die in die richtige Richtung gehen, aber die Probleme werden damit absehbar nicht ausreichend gelöst. Insbesondere die Schaffung von ausreichenden Sozialwohnungen war eine der umstrittenen Konfliktpunkte.

Nur in der **Bildungs- und Schulpolitik** gab es in einem zentralen Politikfeld eine deutliche Unzufriedenheit mit der Senatspolitik (56 % negativ – 32% positiv). Allerdings speiste sich die Kritik aus ganz unterschiedlichen Milieus und Motivlagen, die entsprechend auch keine Geschlossenheit und Wirkungskraft entfalten konnte. Unzufriedenheit bestand bei den Akteuren des gescheiterten Volksbegehrens gegen das achtjährige Gymnasium (G8), über die Dank Geldmangels gescheiterte Umsetzung der Inklusion, bis hin zur mangelhaften Ausfinanzierung der Stadtteilschulen.

Ein klassisches großstädtisches Themenfeld sind Konkurrenzen von **Öffentlichem und Individualverkehr**. Zu teuer und verbesserbarer ÖPNV einerseits, Ausbau von Straßen und Radwegen andererseits als Folge der zu intensiven Automobilisierung. Einen medial forcierten Konfliktpunkt stellte der Streit um ein Busbeschleunigungsprogramm dar, das bis 2020 ca. 259 Millionen Euro kosten sollte und dafür Fahrzeiten um einige wenige Minuten reduzieren soll. Auch FDP, CDU und LINKE lehnen es ab, im Januar kam eine Volksinitiative dagegen zustande und zwei Wochen vor der Wahl stoppte der Senat sein Programm, um Luft aus dem Kessel zu lassen.

Intensiv wurden die Auseinandersetzungen um Zuwanderung, vor allem aber um die **Aufnahme von Flüchtlingen** und die Frage des Bleiberechts für alle geführt. Die Maßnahmen waren nicht ausreichend, die Zustände in Notaufnahmelagern teilweise katastrophal, und die Auseinandersetzung über «Solidarität mit Lampedusa» bestimmte zeitweise die Debatte in der Stadt. Wie bei allen Fragen der Innenpolitik fährt Scholz hier eine harte Linie, obwohl die Proteste weit in kirchliche, bürgerliche und selbst sozialdemokratische Kreise reichen.

Die SPD setzte auf «Wirtschaft» und «sozialen Zusammenhalt». Bei allen zentralen Themenfeldern und als relevant angesehenen Problemen wurde der SPD die mit Abstand größte Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Ihre Kampagne war im Wesentlichen auf den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz zugeschnitten. Alle Themen wurden plakativ in Verbindung mit seinem Konterfei gebracht.

5. AUSGEWÄHLTE WAHLERGEBNISSE

Die diesjährige **Wahlbeteiligung** liegt mit 56,6 Prozent nur geringfügig (0,7 Prozentpunkte) niedriger, bedeutet allerdings für Hamburg die bisher historisch niedrigste Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen. Über 560.000 HamburgerInnen nahmen ihr Stimmrecht nicht in Anspruch. Das sind noch einmal 27.000 mehr als bei den Bürgerschaftswahlen 2011.

⁵ Infratest dimap. Zufriedenheit mit Hamburger Senat. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hamburg/laendertrend/2015/januar-ii/>

In den einzelnen Wahlbezirken lässt sich wie bei den vorangegangenen Wahlen und Volksentscheiden eine deutliche Spreizung der Beteiligung feststellen. Je höher Pro-Kopf-Einkommen, gute Wohnlage und Bildungsabschluss, desto höher die Wahlbeteiligung. Je niedriger das Pro-Kopf-Einkommen, je höher der Anteil der SGB-II-Bezieher, der Menschen mit Migrationshintergrund, desto größer die Abstinenz.

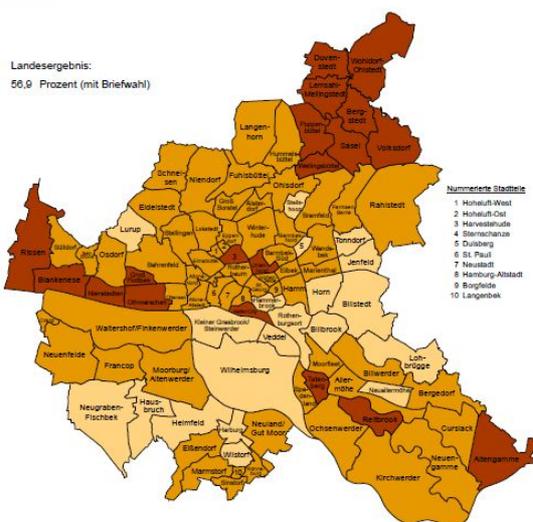
Einer der Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung ist sicher auch der fehlenden Wechselstimmung geschuldet - letztlich ging es – so auch von den Medien selbst am Wahlabend noch einmal deutlich gemacht - lediglich um die Frage einer SPD-geführten Allein- oder Koalitionsregierung. Mit der Ankündigung von Olaf Scholz als erstes mit den Grünen zu sprechen, war auch hierfür die Richtung vorgegeben, ohne sich weitere Koalitionsoptionen zu verschließen. In der Vergangenheit hatte lange Zeit die SPD mit der FDP regiert, zum Teil auch dann, wenn dies nicht zwingend erforderlich gewesen war. Die LINKE hatte ihrerseits im Wahlkampf eine Regierungsbeteiligung ausgeschlossen, CDU und AfD kamen als Koalitionspartner nicht in Frage. Eine offene Frage blieb der Einzug der AfD. Alles in allem, es war klar, es wird eine Fortsetzung oder eine Fortsetzungsvariante mit Grünen oder FDP geben. Möglicherweise lassen die Ergebnisse der Wahlkreise und Stadtteile in Bezug auf die Wahlbeteiligung weitere Deutungen zu.

Das Wahlergebnis, das über die Landesliste zustande kommt, ist in dieser Grafik auf die Hamburger Stadtteile umgerechnet. Dabei wird die überwältigende **Dominanz der SPD** deutlich. Ein für westdeutsche Bundesländer eher seltenes und deshalb aufmerksam zu beachtendes Moment ist, dass es nur der Linkspartei gelungen ist, in immerhin drei Stadtteilen zur relativ stärksten Partei zu werden.

Die **SPD** erreichte mit 45,7 Prozent ein gutes Ergebnis, auch wenn sie etwas über 70.000 ihrer WählerInnen und so auch die absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft verliert. Es ist bundesweit das zweitbeste Ergebnis nach 1998.

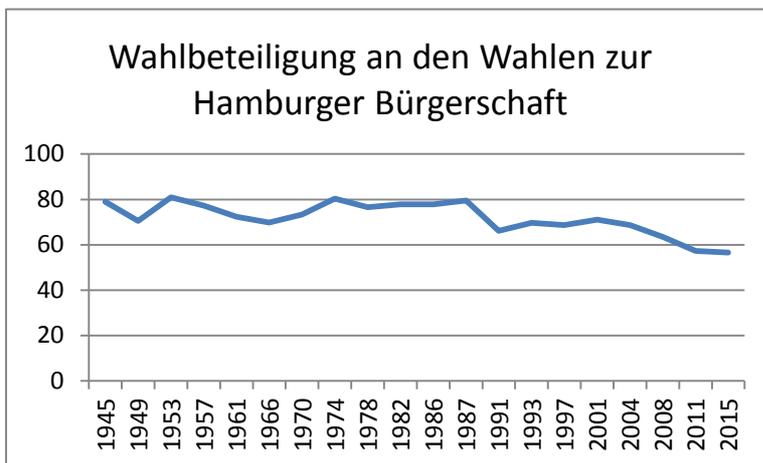
Die SPD konnte sich erfolgreich präsentieren als erfolgreiche wirtschaftsliberale Partei, die sich zugleich für den sozialen Zusammenhalt steht. So verbinden laut infratest dimap knapp 80 Prozent der Wähler den Erfolg der Stadt mit dem Wirken der SPD. 76 Prozent der Befragten sehen die SPD als Partei, die was von Wirtschaft versteht, aber sich auch am stärksten um sozialen Ausgleich bemüht.

Anteile in Prozent
 67,6 und mehr
 50,2 bis unter 67,6
 26,3 bis unter 50,2

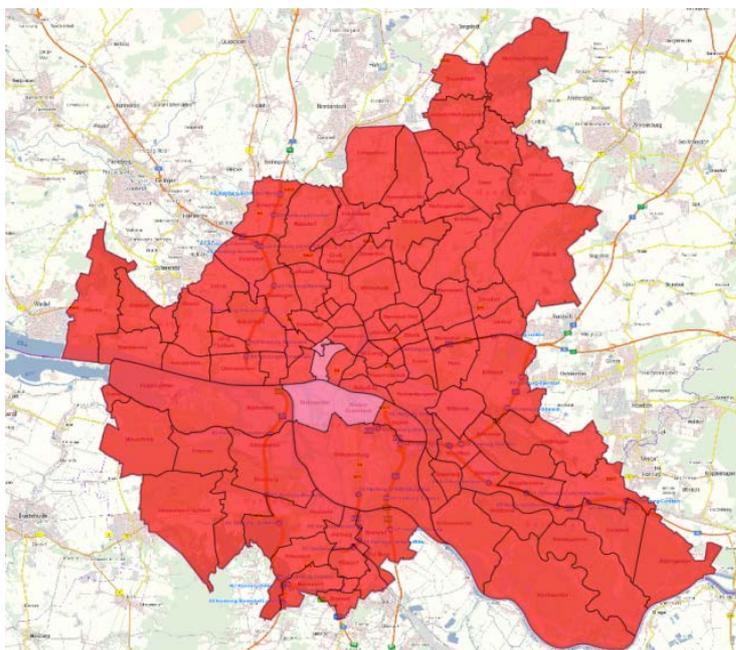


© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Wahlteilnahme in den Stadtteilen - Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg. 2015



Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen – Quelle:



Hamburger Stadtteile: stärkste Partei – Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, 2015

Mit ihrem Bürgermeister Olaf Scholz, dem weit über alle Parteien hinaus hohe fachliche, auch ökonomische Kompetenz bescheinigt wird, steht sie authentisch für eine erfolgreiche Entwicklung der Metropolregion mit ihren über fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas mit industriellen Kernen und Häfen als Grundlage für Arbeit und Wohlstand. 70 Prozent der Hamburger hätten ihn - so infratest dimap - direkt gewählt, nur 15 Prozent den Spitzenkandidaten Dietrich Wersich von der CDU. Scholz steht für einen pragmatischen Politikstil, als Dienstleister für die Bürgerschaft - als Macher und erreicht auf diese Weise Wähler aus unterschiedlichen Milieus die wollen, dass es so weitergeht.

So gewann die SPD vor allem frühere Wähler der CDU (8.000), verlor jedoch 16.000 Wähler darunter an AfD (7.000), Linke (4.000), FDP, Grüne, Nichtwähler und andere Parteien.

Ergebnis der vereinfachten Auszählung der voraussichtlichen Sitzverteilung der Bürgerschaftswahl 2015

Nach Auszählung von 1780 der 1780 Stimmbezirke

	2015		2011	Veränderung	Sitze	Veränderung zu 2011
	Anzahl	%	%	%-Punkte		
Wahlberechtigte	1 299 411	100	100	x		
Wählerinnen und Wähler/ abgegebene Stimmzettel	735 957	56,6	57,3	- 0,7		
davon	735 957	100	100	x		
ungültige Stimmzettel	24 158	3,3	3,0	+ 0,3		
gültige Stimmzettel	711 799	96,7	97,0	- 0,3		
gültige Stimmen	3 492 939	100	100	x		
Sitze insgesamt	x	x	x	x	121	x
davon für						
SPD	1 594 975	45,7	48,4	- 2,7	58	- 4
CDU	555 875	15,9	21,9	- 6,0	20	- 8
DIE LINKE	298 368	8,5	6,4	+ 2,1	11	+ 3
FDP	259 950	7,4	6,7	+ 0,7	9	0
GRÜNE	426 163	12,2	11,2	+ 1,0	15	+ 1
AfD	212 250	6,1	x	+ 6,1	8	+ 8
PIRATEN	52 758	1,5	2,1	- 0,6	0	0
NPD	11 349	0,3	0,9	- 0,6	0	0
Die PARTEI	32 353	0,9	0,7	+ 0,2	0	0
ÖDP	13 602	0,4	0,3	+ 0,1	0	0
RENTNER	9 812	0,3	0,5	- 0,2	0	0
HHBL	7 312	0,2	x	+ 0,2	0	0
Liberale	18 172	0,5	x	+ 0,5	0	0
Übrige 2011	x	x	1,0	- 1,0	x	x

Rundungsbedingte Summenabweichungen von 100 % sind möglich

Quelle: Landeswahlleiter Hamburg. <http://www.hamburg.de/buergerschaftswahl/4451270/wahlergebnisse/>

Die **CDU** erreichte ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Hamburg und das drittschlechteste Ergebnis bei allen Landtagswahlen in Deutschland. Lediglich die Landtagswahlergebnisse in Bremen 1951 und 1959 lagen darunter. 77 Prozent der Befragten, wissen nicht, wofür die Hamburger CDU derzeit wirklich steht. Das, was sie fordert, steht souverän fachlich untersetzt im Wahlprogramm der Sozialdemokraten. So groß sind die Unterschiede in Hamburg nicht. Im Gegenteil - die Hamburger CDU hat angesichts der wirtschaftsliberalen, pragmatisch hanseatisch geprägten Ausrichtung der Sozialdemokratie, die als «Volkspartei» agiert, offenbar keine Funktion in der Hamburger Parteienlandschaft.

Darüber hinaus habe der Spitzenkandidat nicht das Format eines Bürgermeisters. Das sehen selbst über 40 Prozent der CDU-Wähler so. Wenn es einen Grund gibt, CDU zu wählen, dann sei dies Merkel - so 67 Prozent die Hamburger CDU-Wähler angesichts der Bürgerschaftswahlen. Merkel verbindet und hält die CDU und ihre Wählerschaft zusammen - noch. Wenn jedoch der Bundeskanzlerin auf Länderebene wie in Hamburg ein populärer Politiker gegenübersteht, der noch dazu eine erfolgreiche Entwicklung der Hamburger Metropolregion präsentiert, reicht der Kitt nicht mehr, wenn eigenständige konzeptionelle Entwicklungen ausbleiben und die Partei keinerlei Attraktivität ausstrahlt. Folgerichtig ist die CDU in allen

Altersgruppen zwischen 16 bis 59 Jahren nur noch unterdurchschnittlich vertreten. Ein Viertel ihrer Wähler ist 70 Jahre alt und älter. Folglich sind 23 Prozent ihrer Wähler Rentner, 17 Prozent Selbständige und nur 14 Prozent der Angestellten gaben der CDU ihre Stimme. Sie hat deutlich unterdurchschnittlich vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen abgeschnitten.

Ihre Kompetenzzuschreibungen für Wirtschaft, Bildung, Arbeitsmarkt-, Verkehr- und Umweltpolitik sind seit 2011 rückläufig.

Im Vergleich zur CDU wirkte der Überlebenswahlkampf der **FDP** geradezu lebendig und modern, ausgestattet mit einer Kampagnenkultur, die witzig, kritisch das Lebensgefühl einer modernen Großstadt aufgreift und während unklar ist, wofür die CDU noch gebraucht würde, beschreiben 99 Prozent dies sehr klar für die FDP - als Partei, die für Marktwirtschaft eintritt. Allerdings verweisen auch 65 Prozent der Befragten auf den persönlichen Anteil der Spitzenkandidatin Katja Suding hin.

5.1. DIE ERGEBNISSE DER LINKEN

Das Ergebnis der Linken ist gemessen an den Ergebnissen in anderen westdeutschen Ländern sehr gut. Es ist das zweitbeste Landtagswahlergebnis der LINKEN bundesweit. Sie hat prozentual ihr Ergebnis über 2 Prozentpunkte verbessern können und hat knapp 80.000 Stimmen mehr als 2011 bei diesen Wahlen an sich gebunden.

Tabelle 5: Wahlergebnisse der LINKEN bei den Bürgerschaftswahlen im Vergleich

Landtagswahl	Wahlberechtigte	WählerInnen	LINKE-Stimmen
Bürgerschaftswahl 2008	1.236.671	785.243	50.132*
Bürgerschaftswahl 2011	1.254.638	718.876	220.428
Bürgerschaftswahl 2015	1.299.411	735.957	299.264
Gewinn zu von 2011			77.940

Quelle: Landeswahlamt, eigene Darstellung - * altes Wahlrecht: WählerInnen, ab 2011 mehrfache Stimmen je WählerIn

Die LINKE verdankt ihr Ergebnis ihrem klaren Profil als in der Opposition agierende Partei. Insbesondere bei Themenfeldern, bei denen Konzepte und Forderungen sozialer Gerechtigkeit eine große Rolle spielen (Wohnen / Mieten, Kinderbetreuung, Bildung usw.) erhält sie für ihre Verhältnisse hohe Zustimmungswerte. Dies gilt auch ihrem Engagement für Flüchtlings- und Migrationsarbeit. Gerade auf diesem Feld werden ihr hohe Kompetenzen zugeschrieben. Sie gilt als Partei, die für sozialen Ausgleich steht.

Noch immer erklären zwei Drittel der Wähler, die LINKE würde «Probleme beim Namen nennen, jedoch keine Lösungen präsentieren». Zugleich aber bescheinigen ihr inzwischen ein Drittel der Wähler, dass sie in der Bürgerschaft gute Arbeit mache. Das erstaunt nicht, da die mediale Aufmerksamkeit in der Regel den Landtagsfraktionen und nicht unbedingt den Parteien zukommt. Der Bürgerschaftsfraktion gelang es allerdings tatsächlich durch ihre konstruktive Arbeit, die ihr zufallende Rolle einer linken oppositionellen Partei im Landesparlament auszufüllen. Die inhaltliche Zusammenarbeit mit Menschen, Initiativen, Einrichtungen und Organisationen außerhalb des Parlaments in relevanten Themen- und Konfliktfeldern wurde so anerkannt. Zu nennen sind Wohnungs- und Stadtteilpolitik, Problemen der Gentrifizierung, Kita- und Bildungspolitik, Fragen der Einschränkung demokratischer Grundrechte, Flüchtlings- und Zuwanderung, um nur einige Ausgewählte zu nennen.

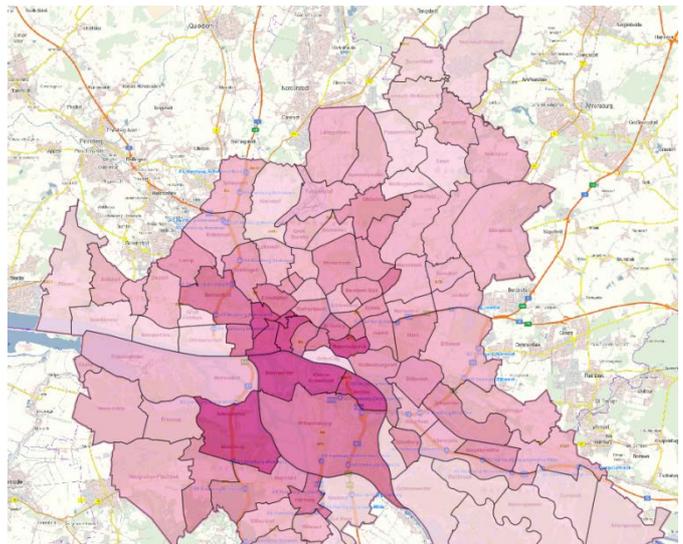
Besonders angenehm ist, dass die LinksparteiwählerInnen die geringste Zustimmung (7 Prozent) zur Position «Hamburg hat zu viele Flüchtlinge» haben (alle 23 Prozent, SPD 23 Prozent, CDU 31 Prozent, Grüne 10 Prozent, FDP 12 Prozent, AfD 59 Prozent).

Die Senatspolitik macht es der Linkspartei relativ leicht, links der SPD Zustimmung zu generieren. Auch für die Haltung, auf keinen Fall mitregieren zu wollen, lassen sich bei der politischen Positionierung der SPD, insbesondere aber auch der patriarchalischen Amtsführung des Olaf Scholz gute Argumente finden. Hier muss allerdings ein Sensorium entwickelt werden, das in der Zukunft bereit und in der Lage ist, ggf. Veränderungen wahrzunehmen.

Bemerkenswert ist das Ergebnis sowohl in Bezug auf die Alterszusammensetzung wie auch in Bezug auf Bildung, Tätigkeit und die Verteilung zwischen Frauen und Männern - hier ist das ausgeglichene Verhältnis neu.

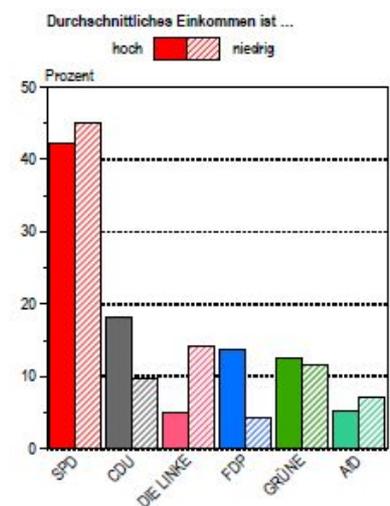
Die stärksten Zuwächse - und das ist neu für die LINKE - sind die Zuwächse aus den jüngeren Altersgruppen: sie hat überdurchschnittlich in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 und zwischen 25 und 34 gewonnen. Diese Werte liegen mit Abstand über ihren «klassischen Werten» bei den Altersgruppen zwischen 35 bis 59 - also all jenen Altersgruppen, die im erwerbsfähigen Alter sind. Sie ist unterdurchschnittlich ab den Wählergruppen ab 60 Jahre vertreten.

Die Wählerschaft der LINKEN ist geprägt durch ein hohes Bildungsniveau, einen hohen Anteil von Selbständigen, Studenten, aber auch Arbeitslosen.



Hamburger Stadtteile: Ergebnis LINKE – Quelle: Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, 2015

Die LINKE konnte bei diesen Wahlen offenbar linkslibertär geprägte Milieus erreichen, die sich zu einem Teil in prekären Arbeits- und Lebenssituationen befinden und bei früheren Wahlen noch die Grünen oder nicht gewählt haben. D.h. der LINKEN ist es in stärkerem Maße als bisher gelungen, junge, moderne urbane Milieus anzusprechen. Hier sollte mit Vorsicht an die stark vergrößernden Kategorisierungen «Arbeitslose», «Selbständige» etc. herangegangen werden: Jüngere Menschen nach oder zwischen Ausbildungen und Studium, in und zwischen teilweise formal selbständigen Projekten und prekären Tätigkeiten, mit formal hohen Bildungsabschlüssen und relativ großer Autonomie, die in spezifisch kulturell geprägten Stadtteilen wohnen, unterscheiden sich gravierend vom traditionell geformten Bild des Arbeitslosen, wie er in der Vergangenheit aber auch in anderen regionalen bzw. milieuspezifischen Zusammenhängen durchaus anzutreffen ist.



DIE LINKE findet auch bei dieser Wahl in statusniedrigen Wohngebieten vergleichsweise viel und in statushohen Lagen nur relativ wenig Zustimmung. In Stadtteilen mit geringem Durchschnittseinkommen beträgt die Zunahme 3,8 Prozentpunkte. Der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der Stadtteile und dem Wahlergebnis ist auch diesmal bei den LINKEN besonders deutlich ausgeprägt.⁶

Wahlverhalten in Stadtteilen mit hohem Durchschnittseinkommen - Quelle: Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, 2015

Trotzdem ist es leicht irreführend, sich an den in der Wahlberichterstattung genutzten Kategorien Angestellte, Arbeiter etc. und dem jeweiligen Zuspruch zu den Parteien zu orientieren. Beispielsweise 10% der Arbeiter und 8% der Angestellten wählten die LINKE (Zahlen hier: FGW), denn die Gesamtzahl der Arbeiter an den Erwerbstätigen in Hamburg beträgt ca. 6%, der der Angestellten allerdings ca. 67%. Ein Problem der Wahlauswertung besteht auch darin, dass bei einer Wahlbeteiligung von 56,6 Prozent nicht mit konkreten Zahlen belegt werden kann, wie viele Nichtwähler es unter den Arbeitern, Angestellten, selbständigen, Studenten, Rentnern gibt. Studien zu den Nichtwählern⁷ wie z.B. die von verweisen auf die sozio-strukturellen Unterschiede von Nichtwählern. Insofern müssen die angegebenen Zahlen mit bei der Interpretation mit den konkreten soziostrukturellen wie soziokulturellen Räumen ins Verhältnis gesetzt werden.

⁶ Vgl. Analyse der Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 in Hamburg, Herausgeber: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

⁷ Horst Kahrs: Abschied aus der Demokratie

http://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_Abschied.pdf

DIE LINKE wurde stärkste Partei in im Stadtteil Kleiner Grasbrook / Steinwerder mit 31,9 Prozent, aber auch in St. Pauli mit 29,1 Prozent und in der Sternschanze mit 29,1 Prozent. Bekanntermaßen die beiden weit über Hamburgs Landesgrenzen hinaus bekannten «hippen» Szenestadtteile und Teil der Inneren Stadt. In vier Wahlkreisen gelingt es der LINKEN jeweils ein Direktmandat zu erreichen (2011: 3). Dies ist nicht gering zu schätzen, weil das Wahlrecht generell kleinere Parteien bei der Gewinnung von Direktmandaten benachteiligt.

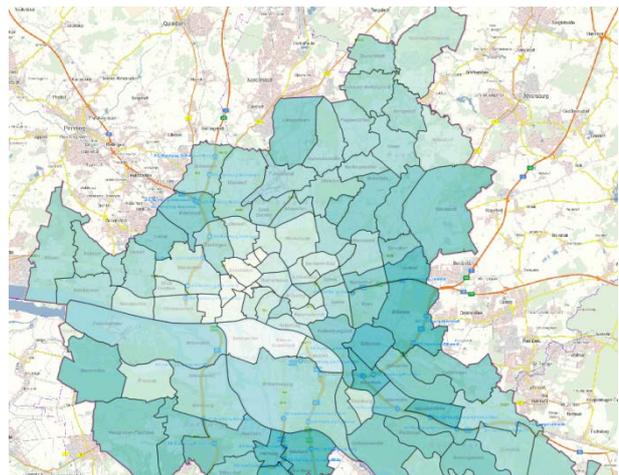
In der Stadt Hamburg stellt sich die Zusammensetzung der LINKEN weitgehend anders dar, als bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2014. Ob dies dem spezifischen Großstadtklima Hamburgs geschuldet sowie an urbane Milieus gebunden ist, vor allem wie langfristig diese Parteienpräferenz bei hoch volatilen WählerInnenmilieus zu stabilisieren sein wird, das müssen spätere Wahlen in den westdeutschen Bundesländern zeigen.

5.2. NEU IM LANDESPARLAMENT: DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Die AfD ist erstmals in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen. Im Vergleich zu früheren extrem rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien wie der «Schill-Partei», die bei der Wahl 2001 immerhin 19,4 Prozent erreichte, und im Vergleich zu den ostdeutschen Flächenländern blieb die AfD im einstelligen Bereich. Mit 8 Mandaten stellt sie als kleinste Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Die AfD holt ihre Wähler aus allen politischen Lagern, allerdings in sehr unterschiedlichem Verhältnis. Die Wählerschaft der AfD setzt sich zusammen: 19 Prozent früheren SPD-Wählern, 22 Prozent CDU, 3 Prozent LINKE, 3 Prozent GRÜNE, 11 Prozent FDP, 41 Prozent Andere / NichtwählerInnen (Infratest Dimap; die Zahlen der FGW divergieren leicht). Beachtlich sind die Gewinne aus dem Nichtwählerspektrum sowie aus dem Bereich der Sonstigen. Auch wenn diese Wählerströme nicht ausdifferenziert sind, ist zu vermuten, dass sich der deutliche Verlust der NPD (von 0,9 auf 0,3 Prozentpunkte) jetzt bei der AfD positiv niedergeschlagen hat. Zumindest sind bisherige «Hochburgen» der NPD deckungsgleich mit Hochburgen der AfD. Im Wahlkampf positionierte sich die AfD betont verschärft zu Themen der inneren Sicherheit, des Islams und der aus ihrer Sicht zu regulierenden Zuwanderung.

Zugleich inszenierten sich die Parteispitzen um Parteichef Prof. Bernd Lucke, Partei-Vize Hans-Olaf Henkel und den Hamburger Spitzenkandidaten Prof. Jörn Kruse als seriöse, marktliberale «Hanseaten». Ein Spagat, dessen Gelingen sich bei den Wahlkreisergebnissen zu bestätigen scheint. Inwieweit es der AfD gelingen wird, diese unterschiedlichen Strömungen in ihrer Partei zu einer handlungsfähigen Partei zu formen, wird die Zukunft zeigen. Die Arbeit in den Hamburger Bezirksversammlungen, in denen die AfD seit dem letzten Mai vertreten ist, lässt hierzu auch keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu.

Die Verbindungslinien zur «Schill-Partei» – eigentlich Partei Rechtsstaatliche Offensive – sind nicht eindeutig. Zwar sind vereinzelte ehemalige Akteure der «Schill-Partei» bei der AfD aktiv, allerdings intern nicht unumstritten. Ein entscheidender Unterschied zur Situation im Jahr 2001 ist allerdings, dass damals die auflagenstärksten Hamburger Print-Medien den «Richter Gnadenlos» Ronald Schill hochgeschrieben hatten und damit Kandidatur und Parteigründung eigentlich erst forcierten und das sensationelle Wahlergebnis massiv beeinflussten. Heute sehen sie die Geschehnisse der Stadt bei Olaf Scholz in guten Händen.



Hamburger Stadtteile: Ergebnis LINKE – Quelle: Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, 2015

Trotzdem sind die WählerInnenmilieus natürlich vorhanden, nur die Mobilisierbarkeit durch die AfD muss gegenwärtig in Frage gestellt werden. Auffällig ist, dass die Problematik von Flüchtlingen und Zuwanderung zwar als eines der zentralen Fragen in der Stadt angesehen wird, aber die Problemlösungskompetenz nicht bei der AfD gesehen wird. Auch wenn insgesamt 23 Prozent finden, dass Hamburg zu viele Flüchtlinge aufgenommen hat, und es sogar 59 Prozent der AfD Wähler so sehen, führte

dies nicht zur Wahl der AfD. Im Januar 2015 trauten nur 4 Prozent der HamburgerInnen der AfD zu, die Zuwanderung von Ausländern zu regeln. 65 Prozent aller Befragten gehen davon aus, dass die die Wahl der AfD hauptsächlich ein Denkmittel für die anderen Parteien sein soll und nur 26 Prozent sehen dies bei den politischen Inhalten. Die AfD-WählerInnen sehen dies anders: 57 Prozent sehen die Inhalte im Vordergrund, aber immerhin noch für 43 Prozent ist die Denkmittel-Funktion als ausschlaggebend.

Der Anteil der Arbeiter ist mit 8 Prozent leicht überproportional. Die Altersverteilung ist durchschnittlich, bei den erstmals abstimmenden 16 und 17jährigen mit 4 Prozent sogar unterdurchschnittlich.

Die Hochburgen der AfD sind die Stadtteile Billbrook 13,9 %, Moorfleet 11,9 %, Neuland / GutMoor 11,5 %, Wilstorf 10,3%, Billstedt 10,1 % liegen in der südlichen und östlichen Äußeren Stadt.

	CDU	LINKE	SPD	GRÜNE	AfD	FDP
Wahlentscheidung nach Alter						
Alle	16	9	46	12	6	7
16 – 24 Jahre	13	12	37	15	6	6
25 – 34 Jahre	13	11	38	18	6	6
35 – 44 Jahre	13	9	43	15	6	8
45 – 59 Jahre	14	9	47	14	6	7
60 – 69 Jahre	17	8	54	6	6	7
Über 70 Jahre	25	3	52	3	6	11
Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit						
Alle	16	9	46	12	6	7
Arbeiter	9	13	50	9	11	3
Angestellte	14	8	45	14	6	7
Selbständige	17	9	33	19	4	14
Rentner	23	4	54	3	6	9
Arbeitslose	11	18	42	11	7	5
60 – 69 Jahre	17	8	54	6	6	7
Über 70 Jahre	25	3	52	3	6	11

Zu den Autoren:

Meinhard Meuche-Mäker, Politikwissenschaftler, Leiter des Regionalbüros Hamburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Cornelia Hildebrandt, Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.